

Oskar Negt

Die Gewalt der Ökonomie

oder Wie viel Wirtschaftsdemokratie benötigt die Zivilgesellschaft?

Unglaubliches ereignete sich vor einigen Monaten bei der Möbelfirma Porta in Hannover: 158 Mitarbeiter erscheinen morgens wie gewöhnlich zu Arbeit; sie werden aber nicht in den Betrieb gelassen. Das Management, das bereits die Plakate für den Räumungsverkauf ausgehängt hat, erklärt, der Betrieb werde zum 30. Juni geschlossen. Den Sozialplan werde man aus den Erlösen des Räumungsverkaufes finanzieren. Das alles ohne vorherige Diskussion und Information. In schockhafter Lähmung stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor den Toren ihres Betriebes.

Oskar Negt

(*1934) war bis zu seiner Emeritierung 2002 Professor für Soziologie an der Universität Hannover.



Diese Geschichte ist kein Einzelfall. Überall werden Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Institutionen zunehmend in Frage gestellt, meist mit Verweis auf die Zwänge eines globalisierten Wirtschaftssystems. Und so mag die Frage nach *Wirtschaftsdemokratie* unzeitgemäß, ja utopisch erscheinen in einem Land, in dem man gerade mit Entschiedenheit einen Weg in umgekehrter Richtung beschreitet, nämlich möglichst viel basisorientierte Mitbestimmungsrechte als Hindernis betriebswirtschaftlicher Rationalisierung beiseite zu schaffen.

Es sind aber keineswegs realitätsfremde Intellektuelle, die sich – wie immer erfindungsreich – mit diesem Defizit unserer Gesellschaftsordnung auseinanderzusetzen beginnen; die Wirklichkeit selbst zwingt diese Frage auf. In herkömmlicher Argumentation würde man von der Not-

wendigkeit einer Ethik wirtschaftlichen Handelns sprechen und die Forderung aufstellen, alle Kraft aufzuwenden, um Wirtschaft und Finanzsystem wieder in den Kulturzusammenhang zurückzuholen.

Das reicht aber alles nicht aus, eine zum Schicksal aufgewertete und massenhaft Tragödien produzierende Gewalt, der hochkarätige Politiker den Status von Heuschrecken und Monstern zuschreiben, durch Appelle beherrschbar zu machen und wieder in einen produktiven Bestandteil der Zivilgesellschaft zu verwandeln. Man muss beim Verscheuchen dieser Gespenster, die Name, Anschrift und Gestalt haben, ganz unten anfangen – dort, wo die Menschen leben und arbeiten.

Zuweilen erschreckten selbst Menschenrechtsliberale wie Ralf Dahrendorf oder die Gräfin Dönhoff über das, was sie mit ihrer Kritik am Sozialstaat zugunsten des freien Marktgeschehens mit verschuldet haben. Kurz vor ihrem Tod schrieb die Gräfin ein Buch, das »zwölf Thesen gegen die Maßlosigkeit« enthielt und ein Aufschrei war: »Zivilisiert den Kapitalismus«. Aber wie soll das geschehen? Wie sieht eine Politik aus, die sich auf den Kampf gegen Monstern und Heuschrecken einlässt?

Der Gedanke der Zivilisierung des Kapitalismus ist nicht neu. Als im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz beraten und beschlossen wurde, erschienen den Verfassungsgebern, die sich – die Parteigrenzen übergreifend – um Regeln für den demokratischen und sozialen Bundesstaat mühten, zwei Artikel besonders wichtig, die heute fast vergessen sind, jedenfalls in der Kultur der Rechtsprechung keine Rolle spielen. Da ist zunächst Artikel 14, Absatz 2: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«

Wie immer diese Gemeinwohlverpflichtung im Einzelnen aussehen mag – mir ist kein Fall höchstrichterlicher Entscheidung bekannt, bei dem ein aus bloßen Renditegründen geschlossener Betrieb vor Gericht oder vor politischen Instanzen mit dem Tatbestand der Grundgesetzverletzung konfrontiert worden wäre.

Noch fremdartiger klingt in einer vom Privatisierungswahn besessenen Gesellschaft Artikel 15: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Dahinter stand so etwas wie ein kollektiver Lernprozess, der sich im Grundrechtskatalog niederschlug: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« – das waren Parolen, die öffentlich mobilisierten, weil sie nicht nur auf der linken Seite des politischen Spektrums starke Abwehrgefühle zum Ausdruck brachten.

Eine ganz andere Forderung ergab sich aus der nüchternen Analyse der Hauptträger des nationalsozialistischen Terrorsystems, das ja nicht nur aus marodierenden Horden bestand, sondern von Wirtschaft, Bürokratie und Militär getragen und funktionsfähig gehalten wurde. So entwickelte sich unterhalb der Öffentlichkeitsebene eine breite Koalition von Kapi-

talismus-Kritikern, die von Vertretern der päpstlichen Sozialenzykliken bis hin zu Otto Brenners IG Metall reichte. Sie alle vereinte die aus geschichtlichen Erfahrungen gewonnene Erkenntnis, die man vielleicht so formulieren könnte: Nie wieder soll es den wirtschaftlich Mächtigen möglich sein, sich der demokratischen Kontrolle komplett zu entziehen und ihre Macht politisch zu missbrauchen. Noch im »Ahlemer Programm« der CDU, von Adenauer widerwillig mitunterzeichnet, wird dem Kapitalismus die organisierende Kraft für eine menschenwürdige Gesellschaft abgesprochen.

Und in der Tat: Was mit dem Sozialstaat heute passiert, wäre für den Ordo-Liberalen Ludwig Erhard Grund genug, sich im Grabe umzudrehen. Die von Gewerkschaften und Sozialliberalen wie Walter Eucken und Ludwig Erhard erkämpften Rechte waren Ansätze der effektiven Domestizierung und vielleicht auch Zivilisierung des Kapitalismus.

Verletzung menschlicher Würde

Man spricht heute in offiziellen Kreisen vom notwendigen Umbau des Sozialstaates. Die Erfahrungen sehr vieler Menschen, die von diesem Umbau betroffen sind, gehen in eine ganz andere Richtung, in der man eher von einem Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften sprechen muss. Es sind Alltagsempfindungen, die signalisieren, dass es nicht gerecht zugeht in einer vor Reichtum überquellenden Gesellschaft, wenn jedes fünfte Kind unter Armutbedingungen aufwächst. Wenn Grundrechte wie menschliche Würde und die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums fortwährend verletzt werden. Demütigungen, Akte menschenverachtender Arroganz der Managerkaste, wie die eingangs erwähnten Geschehnisse bei *Porta*, sind an der Tagesordnung: Sie stellen eine Verlet-

zung der menschlichen Würde auf vielen Ebenen dar. Die Ohnmacht, in die Massen von Menschen durch die wirtschaftlich Mächtigen versetzt werden, wird dadurch verstärkt, dass auch dort, wo ein gewisser Grad an Mitbestimmung möglich ist, nämlich bei demokratischen Wahlen, in der Regel keine Hilfe zu erwarten ist. Die Enttäuschung darüber findet ihren Niederschlag im Rückzug der Wähler aus ihren loyalitätsgewohnten Parteien, am Ende in Wahlenthaltung.

Dennoch keimen immer wieder Hoffnungen auf, dass es auch anders sein könnte. Die in der Frühzeit der Republik geprägte Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten; sie verschiebt sich allmählich nach links. Das irritiert die etablierte politische Klasse, die sich immer weiter von der Vorstellung verabschiedet hat, der Staat könne die Folgen einer globalisierten Ökonomie mitgestalten und die Verantwortung der wirtschaftlich Besitzenden

und ihrer Managerkaste für das Gemeinwesen einklagen.

In der gegenwärtigen Situation ist die Balance der gesellschaftlichen Hauptkräfte gestört. Montesquieus Idee von der Teilung der staatlichen Gewalten beruht auf dem urdemokratischen Prinzip der sensiblen Balance. Wo diese Balance keine für die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse bestimmende Funktion mehr besitzt, weil die Macht der Ökonomie und des Finanzsystems dominiert, ist das demokratische Gefüge in Gefahr.

Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik

Wie aber sollen die wirtschaftlich Mächtigen kontrolliert werden, wenn auch die Politiker in ihrem Denken und ihren Karrieren mit dieser Wirtschaft verflochten sind? Wie kann eine demokratische Ge-

sellschaft Bestand haben, wenn über der herkömmlichen Gewaltenteilung (Legislative, Judikative, Exekutive) eine äußerst einflussreiche und bestimmende Macht steht, die von der demokratischen Kontrolle befreit ist? Wenn diese Macht auf dem Wege ist, die betriebswirtschaftliche Mentalität zum einzigen Maßstab vernünftigen Handelns zu erklären und am Ende sogar als vorherrschende Geisteshaltung durchzusetzen?

Nun könnte man das als unzulässige Übertreibung oder willkürliche Verzerrung der wirklichen Verhältnisse bezeichnen. Und in der Tat ist der wirtschaftliche Einfluss auf Kultur, Politik und gesellschaftliches Leben nicht lückenlos und vollständig. Doch ist es schon bemerkenswert, wie mannigfaltig der Einfluss marktbeherrschender Unternehmen und ihrer Manager im Regierungslager ist, völlig unabhängig von jeweiligen Parteien. Dieser Einfluss vollzieht sich längst nicht mehr nur über die akkreditierten Lobbyisten, deren Zahl die der Abgeordneten bei weitem übertrifft. Das ist eine zwar nach wie vor praktizierte, aber bereits veraltete Methode der Einflussnahme und Korruption. Weitaus wirkungsvoller verläuft dieser Prozess über die politische Sozialisation der Abgeordneten. Manche Politiker, die den Umweg über politische Karrieren wählen, um schließlich in den Chefetagen von Großunternehmen anzukommen, haben sich bereits im Privaten ausreichend präpariert, mit ihrem Ansehen als Abgeordnete besonders attraktiv für Manager-Karrieren zu erscheinen.

Wenn sie den Stuhl wechseln, vom Sprecher eines Ministeriums oder von anderen einflussreichen Regierungspositionen hin zur Konzernetage, tauchen sie nicht in eine gänzlich fremde Welt ein, sondern wechseln nur die Büroräume. Wie soll Vertrauen in die politische Autonomie von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten zustande kommen, die von Weisungen unabhängig sein sollen? Das ist übri-

gens kein Vorgang, der nur das Ansehen von Parteien und Regierungen berührt – solche Karriereumwege gibt es auch bei den Gewerkschaften.

Gegenkraft setzt Umdenken voraus

Eine konsequente Demokratisierung aller Lebensbereiche ist die einzige Möglichkeit, ein demokratisches System lebendig zu halten. Wo Menschen sich als bloße Marionetten von Marktgesetzen erfahren und der quasi-diktatorischen Gewalt einer Managerkaste unterworfen sind, geht der Wille zu demokratischer Teilhabe verloren. Demokratie wagen, das bedeutet heute auch Einbeziehung der Bürger in die Verfügungsmacht über die Produkte ihrer Arbeit. Ohne ein höheres Maß an Wirtschaftsdemokratie kann die Zivilgesellschaft am Ende politisch zerbrechen. Eine Demokratie mit freien Wahlen, aber ohne Mitbestimmungsrechte in zentralen Lebensbereichen, ist keine wirkliche Demokratie und kann nicht von Dauer sein. Durchaus möglich, dass eines Tages politisch Ambitionierte aus der Kaste von Unternehmern und Managern ihr eigenes politisches System aufbauen – in manchen Ländern kündigt sich das bereits an.

Demokratisierung auch in den wirtschaftlichen Machtbereichen ist die einzig verlässliche und wirksame Gegenkraft gegen solche zerstörerischen Tendenzen. Das setzt allerdings ein Umdenken voraus – ein Nachdenken darüber, worin die Substanz einer demokratischen Zivilgesellschaft besteht. Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – nicht ein für allemal, sondern immer wieder, in tagtäglicher Anstrengung. Ein solcher Lernprozess ist ohne praktische Übung in solidarischer und kooperativer Mitbestimmung in allen Lebensbereichen nicht möglich. Darin liegt die Substanz einer lebensfähigen Zivilgesellschaft.